

Zeitschrift:	Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber:	Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band:	50 (1994)
Heft:	1
 Artikel:	Den hehren Worten zu folgen wäre teuer : zum Internationalen Jahr der Familie 1994
Autor:	Larcher, Marie-Therese
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-844360

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Den hehren Worten zu folgen wäre teuer

Zum Internationalen Jahr der Familie 1994

Wir stehen im 'Internationalen Jahr der Familie'. Für Politiker allgemein und für Frauen insbesondere ist das Anlass, sich Gedanken zu machen über den Stellenwert der Familie, die ja als 'Urzelle des Staates' gepriesen wird, deren 'Bedürfnisse' der Bund gemäss Art. 34 quinquies Abs. 1 der Bundesverfassung berücksichtigen sollte. Pro Familia Schweiz hat anlässlich ihres Gründungsjubiläums 1992 in der Familiencharta ihre Marschrichtung deutlich markiert.

Pro Familia verweist in der Einleitung zu ihrer Familiencharta auf die UNO-Menschenrechtserklärung von 1948, die UNO-Erklärung über die Rechte des Kindes von 1959 (von der Schweiz 1991 unterzeichnet), die UNO-Erklärung über die Rechte behinderter Personen von 1975, die UNO-Übereinkunft betreffend Abschaffung jeder Form der Diskriminierung gegenüber Frauen von 1979 (von der Schweiz 1987 unterzeichnet), das Übereinkommen der IAO über Gleichbehandlung männlicher und weiblicher Arbeitnehmer und Arbeitnehmer mit Familienpflichten von 1983, das IAO-Übereinkommen über den Schutz der Mutterchaft (in Kraft seit 1955) und die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (von der Schweiz 1974 ratifiziert). Daraus wird ersichtlich, dass in Nichtachtung all dieser Rechte offenbar im Bereich der Familienpolitik ein Manko besteht, also etwas getan werden müsste. Familien bedürfen eines Schutzes, den ihr unsere gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht gewähren.

'Familie' scheint unseren Politiker Innen viel zu bedeuten. Der 'Schweizer Familie' gegenüber wurde sie in einer

Umfrage wie folgt gelobt: 'Urzelle des Staates' (Elisabeth Zölch, SVP), 'Rückgrat' (William Wyss, FDP), 'Grundzelle' (Marc Suter, FDP), 'Grundfundament' (Schmidhalter, CVP). Im 'Jahr der Familie' werden wir wohl noch öfter solch edle Worthülsen vernehmen. Nationalrätin Angeline Fankhauser (SP) dazu in der 'Schweizer Familie': 'Für viele Parlamentarier wird die Familienpolitik erst interessant, wenn es Lorbeeren zu ernten gibt.'

Wer ist 'Familie'?

Eine erste Hürde für die Erfüllung jeglicher 'Familienpostulate' ist der Begriff 'Familie'. Da scheidet sich schon ein Grossteil der Geister. Eine Familie ist für viele 'ein Mann und eine Frau mit Trauschein', allenfalls auch noch mit Kindern. Für Pro Familia sind Familien 'Personengemeinschaften, die auf Eheschliessung oder Zusammenleben verschiedener Generationen oder Kinderschaft oder elterliche Gewalt oder Verwandtschaft gründen'. Das ruft nach Protesten: Damit entwerte man 'echte' Familien zugunsten von Randgruppen. Randgruppen sind aber alle jene, denen gewisse (vor allem) Männer die Qualität 'Familie' aberkennen wollen, keines-

wegs mehr. Gemäss Volkszählung 1990 gab es in der Schweiz 31,2% Ehepaare mit Kindern, 0,9% Konsensualpaare mit Kindern, 22,2% Ehepaare ohne Kinder, 5,1% Einelternfamilien, 0,3% Einzelpersonen mit Eltern(teil). Die 5,1% Einelternfamilien machen immerhin 13,5% der Familien mit Kindern aus. Die Tendenzen sind unübersehbar: Der Anteil 'Ehepaare mit Kindern' nimmt ab, andere Formen nehmen zu. Stark traditionalistisch eingestellte Leute wenden nun ein, man müsse eben diese Tendenz aufhalten, sie nicht noch mit neuartiger Familienpolitik unterstützen.

Wer allerdings den edlen Worten über die Familie auch einen konsequenteren Sinn unterlegen will, muss anerkennen, dass Sinn und Zweck eben dieser vielgerühmten Familie darin bestehen muss, in der Familie stets dem schwächeren Teil (Kinder, Betagte, Invaliden) den nötigen Schutz zu gewährleisten. Ist dies heute immer weniger möglich, so ist danach zu fragen, welche Rahmenbedingungen es denn sind, die einer Erfüllung solcher Mitmenschlichkeit entgegenstehen. Nötigenfalls wären sie zu ändern.

'Familie' obliegt den Frauen

Als familienpolitische Grundsätze listet z.B. die Christlichdemokratische Partei auf: partnerschaftliche Verantwortung für die Elternschaft, gesellschaftliche Anerkennung der Familienarbeit, Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf. Das ebenso wie die Aufzählung der einzelnen Forderungen dazu – übrigens auch in der Erklärung der Pro Familia anzutreffen – sind alles Dinge, die schon seit Jahrzehnten auf der Wunschliste der Frauen stehen. Es sind auch Postulate,

die nicht erfüllt sind, solange Frauen nicht als gleichwertige Mitglieder unserer Gesellschaft anerkannt werden.

Hier spätestens müssen wir uns fragen, ob nicht die Berner Historikerin Prof. Beatrix Mesmer Recht hatte mit ihrer provozierenden Feststellung, die bürgerliche Familie, wie wir sie kennen, sei seinerzeit von den Männern zur Domestizierung der Frauen geschaffen worden. In einigen (wenigen) Teilbereichen profitieren davon jene Frauen, die im geschützten Kielwasser eines Trauscheins segeln. Im grossen und ganzen aber sind die Pflichten und Lasten in der Familie sehr ungleich verteilt. Die Männer sorgen für das Einkommen, alles übrige obliegt den Frauen. Sie sind das 'Herz' der Familie, verantwortlich für die Erziehung, für sparsame Haushaltführung bei gleichzeitiger Befriedigung aller, für Gesundheit (Ernährung und Lebensführung) und natürlich auch für die Instandhaltung/Reinigung des ganzen Haushalts.

Familienfeindliche Gesellschaft

Eine Forderung, die nun in verschiedenen Programmen auftaucht, ist die nach Überprüfung der Familienfreundlichkeit (Schulprogramme, Arbeitsrecht, Sozialversicherung, Wohnpolitik usw.). Und bei praktisch allen diesen Forderungen ertönt sofort lauthals Kritik: 'Das kann niemand bezahlen.' Für nicht bezahlbar gehalten wird die Forderung nach Kinderzulagen, welche die Kosten der Kinder decken. Pro Familia fordert Fr. 400.– monatlich, Prof. Joseph Deuss, Fribourg, CVP-Nationalrat, errechnete Fr. 800.– oder, in Relation zum Einkommen, + 24% für ein Kind, + 43% für zwei Kinder, wenn der Lebensstandard bei-

behalten werden soll. Hier ist zu berücksichtigen, dass genau genommen unsere Löhne weniger sogenannte Leistungslöhne sind als eigentliche Ernährerlöhne, die dann mit völlig ungenügenden Kinderzulagen ergänzt werden. Die marktwirtschaftlich richtige Lösung würde darin bestehen, die Löhne dort, wo keine Familienlasten zu tragen sind, auf echte Leistungslöhne zu senken. Wo Familienlasten zu tragen sind, müsste der Ausgleich geschaffen werden. Doch angesichts der 32% Eipersonenhaushalte und der 27% Paare ohne Kinder dürfte diese Änderung ungeachtet aller deklamierten Solidarität politisch kaum zu verwirklichen sein.

Wenn dies stimmen sollte, wenn auch bei bestem Willen eine familiengerechte Welt nicht bezahlt werden kann, dann kann dies doch nichts anderes heissen, als dass wir in dieser real existierenden Gesellschaft die Familien ausbeuten. Ausbeuten heisst schliesslich, Ressourcen und Arbeit in Anspruch nehmen, ohne dafür zu zahlen.

Wenn das Jahr der Familie das Verständnis dafür fördert, dass Familien eine der Bühnen stellen, auf denen sich Modernisierungsprozesse unserer Gesellschaft abspielen, und dass sie weder allein deren Ursache noch allein deren Opfer sind, dann wäre schon sehr viel gewonnen. Die Forderungen allerdings, die müssen quantifiziert und gestellt werden, und zwar von den Frauen als Hauptbeteiligte. Und sie werden solange fromme Wünsche bleiben, als in unserer Legislative die Frauen nur eine Minderheit stellen, die bestenfalls von einer Minderheit einsichtiger Männer verstärkt werden kann.

Marie-Therese Larcher

Der VAST als Sprungbrett?

Mit grosser Freude haben wir die Wahl von Dr. Gret Haller zur Präsidentin des Schweizer Nationalrates gefeiert. Frau Haller war in jungen Jahren Vorstandsmitglied unseres Vereins. Wir gratulieren ihr herzlich zur grossen Ehre und sind stolz darauf, ihr 'Genie' so früh entdeckt zu haben.

Olympe will's wissen – ein feministisches wissenschaftliches Zeitschriftenprojekt

Der Titel erinnert an Olympe de Gouges (1748 – 1793), die ihre Meinung, Menschenrechte gälten auch für Frauen, mit dem Leben bezahlte. Geplant ist eine Publikation, die zweimal jährlich erscheinen soll und die Leserin informieren will, was national und international zur Debatte steht. Das erste Heft mit dem Schwerpunktthema Frauenrechte/Menschenrechte erscheint Ende Mai, im Spätherbst wird sich die zweite Ausgabe mit Wirtschaft befassen.

Für die ersten beiden Hefte brauchen die Herausgeberinnen ein Kapital von 40'000 Franken. Wer das Projekt fördern möchte, wer sich zu Wort melden oder ein Abo bestellen will, melde sich bei Elisabeth Joris, Gemeindestr. 62, 8032 Zürich.

Postkarten 'Staatsbürgerinnen'

Emma Boos-Jegher,
Erika Grendelmeier-Bürkel
und Lina Lienhart

harren auf unserer Redaktion
geduldig(?), konsterniert(?!),
gar vergeblich(?!)
– nein, zuversichtlich(!!!)
weiterer Interessentinnen.

1 Karte: Fr. 1.– / 12 Karten: Fr. 10.–